

der SBZ/DDR kann man eine Menge über die Prozesse des Übertragens von sowjetischen Modellen auf die übrigen Länder lernen. Nirgends sonst gab es so viele sowjetische Berater, nirgends sonst haben die einheimischen Kommunisten die Aufgaben des Übertragens sowjetischer Modelle so gründlich verstanden und beherrscht. Die Erfolge und Mißerfolge der „Sowjetisierung“ der DDR, z. B. in der Intelligenz- oder Agrarpolitik, helfen dabei das sonstige Ostmitteleuropa besser zu verstehen als etwa die Entwicklung Jugoslawiens, das frühzeitig aus dem sowjetischen Block ausschied. Die Kommunisten der DDR, Polens und der Tschechoslowakei betrachteten einander als Bezugspunkte und verstanden auch Bulgarien oder Rumänien als für die eigene Entwicklung weniger maßgebende Fälle. Weniger relevant waren diese Länder aus historischen Gründen: Sie entstammten einer anderen politischen Kultur und hatten unterschiedlich strukturierte Wirtschaften und Gesellschaften. Der vorliegende Band konzentriert sich vor allem auf die hohe Politik – das Ausschalten von Oppositionsparteien beispielsweise – und verliert etwas den Blick für die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Gesellschaften. Aber gerade wenn man im Sinne Vyroukals gegen Thesen der Gleichförmigkeit vorgehen und die relative Autonomie landesspezifischer Entwicklung hervorheben möchte, muß man die Ebene der hohen Politik verlassen, um die Situation von Arbeitern, Bauern, Unternehmern, Frauen, Studenten usw. zu analysieren. Bis zu welchem Grade unterstützte zum Beispiel die tschechische Arbeiterschaft den Umsturz des Jahres 1948? Solche Fragen zeugen von den Grenzen, aber auch den Leistungen dieses Buches. Wie kaum ein anderes in den letzten Jahren fordert es den Leser ständig heraus, vergleichend zu denken und überkommene Positionen neu zu durchdenken. Mag er mit den Verfassern einer Meinung sein oder nicht, der Leser wird im eigenen Denken vorwärtskommen.

Berkeley

John Connelly

Eva Rimmele: Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914. Regierungspolitik und veröffentlichte Meinung in Elsaß-Lothringen und den östlichen Provinzen Preußens. (Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Bd. 17.) Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1996. 190 S., 3 Ktn. i. Anh.

In der vorliegenden Studie wird versucht, die Sprachenpolitik der deutschen Regierung in zwei Randgebieten des Reiches darzustellen und zu vergleichen. Dazu werden die Bevölkerungsverhältnisse und die jeweilige Regierungspolitik herausgearbeitet und die Bedeutung dieser Sprachenpolitik für das Schulwesen untersucht. In einem weiteren Punkt berücksichtigt die Vf.in auch das für diese Frage wichtige preußische Versammlungsrecht und den Sprachparagraphen des Reichsvereinsgesetzes von 1908.

Das Buch ist aus einer Magisterarbeit hervorgegangen. Bei Berücksichtigung dieser Tatsache ist die außergewöhnliche Reife der Bearbeitung zu betonen und die hohe Zahl der genutzten Quellen und der Werke aus der Fachliteratur anzuerkennen. Auch der grundsätzlich gelungene Versuch des Vergleichs zwischen der Sprachenpolitik im Westen und im Osten des Kaiserreiches verdient Beachtung. Einer Diskussion bedürfen nur einige Feststellungen, die im Einführungskapitel („Rahmenbedingungen“) aus der Literatur zitiert werden. Meine Ergänzungen haben das Ziel, die Informationsbasis zum Thema zu vertiefen, und sind in diesem Sinne nicht als kritische Bemerkungen zu verstehen. Meine Besprechung beschränkt sich dabei auf die Problematik der Sprachenpolitik im Osten.

Charakteristisch für die benutzte Literatur ist, daß sie keine polnischsprachigen Arbeiten und nur vier Übersetzungen aus dem Polnischen umfaßt. Aus den polnischen Archiven in Posen, Bromberg und Danzig finden wir im Quellenverzeichnis und in den

Anmerkungen keine Dokumente. So stützt sich die Vf.in zum „östlichen“ Thema vor allem auf die deutsch- und teilweise auf englischsprachige Fachliteratur. Die dort getroffenen Feststellungen sind jedoch nicht immer richtig. Die Kaschuben sprachen (und sprechen) eine eigene Sprache und keinen polnischen Dialekt, aber am Ende des 19. Jhs. sahen sie sich grundsätzlich wegen ihrer katholischen Konfession als Teil der polnischen Nation und nicht „als volksmäßig und kulturell eigenständig“ (S. 33). Wissenschaftlich gesehen ist es ein Fehler, von Polen anstatt von Kaschuben im Regierungsbezirk Köslin im Jahre 1867 zu sprechen (S. 32, Anm. 89). Die Masuren sprachen dagegen keine eigene Sprache („das Masurische“, S. 83), sondern nur einen polnischen Dialekt. Es ist ebenso nicht richtig, die Litauer zu den slawischen Völkern zu zählen wie auch zwischen Sorben und Wenden im 19. Jh. zu unterscheiden (S. 11, 32). Die Diözese Kulm umfaßte damals Gebiete der Provinz West- und nicht Ostpreußen (S. 46) und, um diese kleine Korrekturliste abzuschließen, „den deutsch-polnischen Zusammenstoßen“ 1848 ging keine russisch-polnische Erhebung voraus (S. 33, Anm. 96). Bei der Bewertung der preußischen Sprachenstatistik weist die Vf.in eindeutig auf deren Schwachstellen hin, sie ist jedoch nicht konsequent bei der Anrechnung der sog. „Zweisprachigen“ auf die nichtdeutschen Sprachgruppen¹.

Im Buch stellt diese Problematik jedoch nur eine Randfrage dar. Das Hauptaugenmerk gilt der Sprachenpolitik der Regierung im Bereich des Schulwesens, dem Sprachparagraphen von 1908 sowie der öffentlichen Meinung. Das vorgelegte Material zeigt dabei eindeutig, daß die deutsche Regierung sich seit 1872/1873 (neue Schulverordnungen) nicht mehr nach dem Staats-, sondern lediglich nach dem Nationalinteresse richtete. Dabei kam es zu unbestreitbaren Fällen von Diskriminierung von Reichsbürgern aufgrund ihrer Nationalität oder Sprache. Charakteristisch war damals, daß die nationalistische Haltung der Regierung häufig durch die Zentrums- und die freisinnige Presse sowie später auch durch sozialdemokratische Publikationen kritisiert wurde. Eine nationalistische Position bezogen aber auch preußische Beamte der Ostprovinzen, die z. B. nach der begrenzten Erlaubnis zu privatem Sprachunterricht in polnischer Sprache 1891 (1887 war der „normale“ polnischsprachige Unterricht in den Schulen der Provinzen Posen und Westpreußen durch Verfügung des Kultusministers beseitigt worden) „enormen Widerstand“ gegen die Einführung leisteten. Das Edikt wurde durch Bezirksregierungen und Kreisschulinspektoren bewußt blockiert (Beispiele auf S. 108). In einer der Schlußbemerkungen betont die Vf.in den Ausnahmecharakter der antipolnischen Gesetze (hier in erster Linie des Sprachparagraphen des Reichsvereinsgesetzes von 1908), die den rechtsstaatlichen Rahmen verließen. Seitdem glaubten die Polen, so die Vf.in, nicht mehr an ihre Gleichberechtigung im Reich. Die deutsche Sprachenpolitik hat am Ende nicht zur Assimilierung der Polen geführt, was eigentlich ihr Ziel war, sondern zur beschleunigten Herausbildung ihres nationalen Bewußtseins. Dies bedeutete das völlige Scheitern dieser Politik. Unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg ist es also zu einem totalen Bruch zwischen der Regierung und der polnischen Bevölkerung gekommen, und das ist der wichtigste der Schlußgedanken dieses interessanten Buches.

Leipzig

Leszek Belzyt

¹ Vgl. S. 36–37 (vor allem Anm. 107). Zur Kritik der Ergebnisse der preußischen Sprachenstatistik mit Verbesserungsvorschlägen s. LESZEK BELZYT: Zur Frage des nationalen Bewußtseins der Masuren im 19. und 20. Jahrhundert (auf der Basis statistischer Angaben), in: ZfO 45 (1996), S. 35–71, bes. S. 37–41.